

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Verleger
und für Anzeigen die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verleger: Dr. Hermann
Auer, Auer-Verlag, Auer
1932

Inhalt: Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 47

Donnerstag, den 25. Februar 1932

27. Jahrgang

Lebhafter Auftakt im Reichstag

Zusammenstoß zwischen Goebbels und den Sozialdemokraten — Abg. Dr. Goebbels ausgeschlossen wegen Beleidigung Hindenburgs

Erste Reichstags-Sitzung nach der Winterpause

Berlin, 23. Februar. Der Reichstag trat am Dienstag nach viermonatiger Pause zusammen, um den Wahltermin der Reichspräsidentenwahl zu bestimmen. An eine kurze Begründung des Wahlterminvorschlags durch den Reichsinnenminister Groener schloß sich eine politische Aussprache, die in den nächsten Tagen fortgesetzt wird. Während der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Goebbels kam es zu tumultuarischen Zwischenfällen. Nach einer Sitzungsunterbrechung auf Beschluß des Reichstages wurde Dr. Goebbels von der Sitzung ausgeschlossen.

Der Sitzungsverlauf

Bei vollbesetzten Tribünen und gutbesuchtem Saal wird um 3 Uhr pünktlich vom Präsidenten Loh die Sitzung eröffnet.

Der Präsident widmet zunächst dem verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Weims einen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wird.

Am Regierungstisch sitzen neben dem Reichskanzler die Minister Dietrich, Groener und Stegerwald.

Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen sind vollständig anwesend.

Ohne Debatte wird ein Antrag auf Partientilassung eines kommunistischen Abgeordneten angenommen. Ein anderer kommunistischer Antrag, der sich gegen den Postbesitz des Reichstages richtet, wird abgelehnt.

Nachdem die üblichen geschäftlichen Mitteilungen erledigt sind, in die Tagesordnung eingetretten, deren einziger Punkt lautet: Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten.

Reichsinnenminister Groener

begründet den Regierungsvorschlag zu Wahl des Reichspräsidenten und führt u. a. aus:

Das Amt des Reichspräsidenten dauert nach der Reichsverfassung sieben Jahre. Die Amtsperiode des amtierenden Herrn Reichspräsidenten begann mit dem 5. Mai 1925, an welchem Tage der Reichswahlaußschuß den Herrn Reichspräsidenten für gewählt erklärt hat. Seine Amtsperiode geht also am 5. Mai d. J. zu Ende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl des Reichspräsidenten so zeitig vorzubereiten, daß am 5. Mai ein Reichspräsident — neu gewählt — zur Übernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahltag für eine Reichstagswahl vom Reichspräsidenten bestimmt wird, wird der Wahltag für die Präsidentenwahl vom Reichstag festgesetzt.

Nach dem Präsidentenwahlgesetz ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entscheidend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, wer also die relative Mehrheit zu erhalten hat. Nach den Ausführungsbestimmungen zum Präsidentenwahlgesetz würde eine Beschlußfassung des Reichstages über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein, wenn seine Notwendigkeit feststeht. Um ein für allemal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Eventualbeschluß über den Tag des zweiten Wahlganges zu fassen. In gleicher Weise ist der Reichstag im Jahre 1925 verfahren, als nach dem unerwarteten Ableben des ersten Herrn Reichspräsidenten die Neuwahl in einem ersten Wahlgang vor Ostern und einem zweiten Wahlgang nach Ostern vorgenommen werden mußte. Der Wahltag muß nach dem Gesetz ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Praktisch kommt nur ein Sonntag in Betracht. Zur Vorbereitung der Wahl ist eine ausreichende Zeitspanne erforderlich. Zwischen ersten und zweitem Wahlgang muß weiter eine Frist von etwa drei Wochen liegen. Zwischen einem zweiten Wahlgang und dem Amtsantritt des neu gewählten Reichspräsidenten muß gleichfalls eine ausreichende Frist liegen, um das Wahlergebnis festzusetzen und durch das Wahlprüfungsgericht prüfen zu lassen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, daß während der Osterlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahltechnik wie der Kalenderlage zwangsläufig Sonntag, der 13. März, für den ersten Wahlgang und Sonntag, der 10. April, für einen etwaigen zweiten Wahlgang. Es sind das nach dem Kalender die

gleichen Sonntage vor und nach Ostern wie bei der Präsidentenwahl 1925.

Namens der Reichsregierung habe ich die Ehre, dem hohen Hause zu empfehlen, meinem Vorschlag zuzustimmen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungehindert vor sich gehen können. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, wird auf das Schärfste entgegengetreten werden.

Die Erklärung des Ministers wird ohne größere Störungen angehört. Nur am Schluß kommen von den Kommunisten und Nationalsozialisten Rufe, die sich gegen Rede- und Presseverbote wenden.

Als erster Redner aus dem Hause erhebt

Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.)

das Wort. Er erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe diese Gelegenheit herbeigesehnt, um Abrechnung mit dem Kabinett Brüning und der von ihm vertretenen Politik zu halten. Der größte Wendepunkt der jüngsten Geschichte sei der 14. September 1930, an dem sich aus den zerfallenden bürgerlichen Parteien die große nationalsozialistische Massenpartei zum Siege erhoben habe. Die Entscheidung darüber, ob die Regierung ihre Macht an die Opposition zu geben hat, steht im demokratisch-parlamentarischen Regime allein dem Volke zu. (Rufen links und Mitte: „Sie als Großhändler der Demokratie!“) Es ist nicht unsere Schuld, wenn der deutsche Kredit im Ausland ins Wanken gerät. (Lebhafte Rufe links und in der Mitte: „Doch, Ihre Schuld!“) Schuld daran trägt die Tatsache, daß man bis zu dieser Stunde verhindert hat, daß diejenigen an die Macht kommen, denen das Volk die Macht geben will. Abg. Dr. Goebbels protestiert in seinen weiteren Ausführungen gegen die Notverordnungspolitik und vor allem gegen die Verbote nationalsozialistischer Zeitungen. Dr. Brüning habe erfahren müssen, daß man mit dem Artikel 48 alles machen könne, nur kein Geld. Gegen nationalsozialistische Abgeordnete habe man ganz ungerechtfertigt Redeverbote erlassen. Nationalsozialistische Anhänger seien in großer Zahl ermordet worden, ohne daß die Täter ermittelt und bestraft wurden. Ungeheuerlich wird zu Mord und Totschlag gegen die Nationalsozialisten geübt.

Im Innern verschärfen sich die Gegensätze mehr und mehr. Die politischen Fronten marschieren in erbitterter Feindschaft gegeneinander auf, und die Gefahr eines latenten Bürgerkrieges wächst von Tag zu Tag mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen zu sanieren und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese Worte war von vornherein ein Fehlschuß, sie verwechelte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Tributpolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwies. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dessen Passivität in sieben Jahren den Fortbestand des Systems ermöglicht hat, wollte der Reichskanzler Dr. Brüning die Amtszeit mit unserer Hilfe verlängern. Wir, die wir immer als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt worden sind, sollten nun auf einmal gut genug sein, diesem System aus der Verlegenheit zu helfen. Das lehnen wir ab. Wir haben vor sieben Jahren Hindenburg gewählt, weil er der Sache des nationalen Deutschlands dienen wollte. Er hat das Gegenteil getan. (Unruhe. Rufe: „Unerbitt!“ aus der Deutschen Volkspartei.) Den Aufruf des sogenannten Sähm-Ausschusses (Sachen rechts) hat auch der Industrielle Wolf unterschrieben, der im April 1925 in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb, die Auffassung Hindenburgs habe ihn wie ein Schlag vor den Kopf getroffen; er könne sich nicht helfen, das sei ein Verbrechen an unserem Volk! Der Sähm-Ausschuß stellt in der Tat einen Ausschuß dar. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Stich gelassen. (Beif. Beifall rechts.) Er hat sich einseitig auf die Seite der Mitte und der Linken gestellt. (Beif. Rufe bei der Deutschen Volkspartei: „Das ist ganz unerbitt!“) Für seine Wahl wird jetzt die Berliner Asphaltpresse und

die Partei der Deserteure.

Diese Worte, die der Redner mit einer Handbewegung zu den Sozialdemokraten begleitet, rufen stürmische Beifallsgemurmel hervor. Von den Sozialdemokraten kommen stürmische Protestrufe: „Dieser Kriegsverbrecher will Kriegsteilnehmer beschimpfen!“ Präsident Loh fragt den Redner,

ob er tatsächlich die Sozialdemokratische Partei, in der sich viele Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzte befinden, als Partei der Deserteure bezeichnen wolle.

Abg. Dr. Goebbels antwortet darauf nicht und lehnt dann, während der laute Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sich fortsetzt, die Zurücknahme seiner Bemerkung ab. Darauf erteilt ihm Präsident Loh unter großer Unruhe des Hauses einen Ordnungsruf. Als Dr. Goebbels dann seine Rede fortsetzt, kommen immer wieder von Sozialdemokraten laute Rufe: „Wir Kriegsteilnehmer lassen uns von diesem Heimtücke nicht beschimpfen!“

Als auf die Vorstellungen des Präsidenten für einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegangen ist, in der gesagt wird, daß der Landesverrat kein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm bei den Soz.)

Die Sozialdemokraten verlangen stürmisch, daß Abg. Dr. Goebbels die Beleidigung zurücknimmt. Ein entsprechender Zurschaukelung des Abgeordneten wird von den Nationalsozialisten mit Hochgeschrei beantwortet. Präsident Loh ruft wegen solcher Zurufe die Sozialdemokraten Mierendorff, Ränfker und Dr. Leber zur Ordnung. Er sagt hinzu, die Beleidigung „Deserteure“ sei durch einen Ordnungsruf gerügt worden, jetzt müsse Dr. Goebbels seine Rede fortsetzen können.

Von mehreren Sozialdemokraten wird darauf gerufen, „Erst muß er die Beschimpfungen zurücknehmen!“

Als die erregten Zurufe nicht aufhören, unterbricht Präsident Loh die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Nach der Pause, die sich auf eine Stunde ausgedehnt hat, erklärt Präsident Loh, die Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzten der Sozialdemokratischen Partei hätten einen Ordnungsruf nicht als ausreichende Sühne für die Beschimpfung „Partei der Deserteure“ betrachtet. Im Reichstagsrat habe sich diese Angelegenheit nicht klären lassen. Dort habe man aber aus dem Szenogramm der Rede festgestellt,

daß Abg. Dr. Goebbels gesagt habe mit Beziehung auf den Reichspräsidenten von Hindenburg: „Es gibt unter uns Nationalsozialisten ein Wort: Sage mir, wer dich lobt, und ich werde dir sagen, wer du bist! Hindenburg wird gelobt von der Berliner Asphaltpresse gelobt von der Partei der Deserteure!“

In dieser Wendung, so fährt der Präsident fort, erblickt der Reichstagsrat eine so schwere Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes, daß darin eine grobliche Verletzung der Ordnung des Hauses liegt, die die Folge hat, daß Abg. Dr. Goebbels aus der Sitzung ausgeschlossen wird.

Die Ausschließung Dr. Goebbels wird von den Nationalsozialisten mit Protestrufen, von der Mitte und der Linken mit Beifall aufgenommen. Dr. Goebbels verläßt unter Heulrufen seiner Parteifreunde den Saal.

Präsident Loh: Für die Kriegsteilnehmer verschiedener Parteien erhebt das Wort der

Abg. Lemmer.

Abg. Lemmer (Staatsp.) kann sich zunächst schwer verständlich machen, da die Nationalsozialisten laut lärmten und dann gemeinsam gleichmäßig summen, wie es in einem früheren Sitzungsabschnitt die Kommunisten erprobt hatten. Abg. Lemmer protestiert namens der Kriegsteilnehmer aus den übrigen Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Ausführungen von Dr. Goebbels, der selbst dem Krieg fern geblieben sei.

Die infame Beleidigung habe bei allen Kriegsteilnehmern des Hauses größte Entrüstung ausgelöst. Die Kriegsteilnehmer, die mit erlebt hätten, wie Laufende Sozialdemokraten im Felde starben, seien empört über die freche Beleidigung, die strupplos das heroische Kriegsoffer der Nation schände, das von Deutschen aller Parteien auf dem Altar des Vaterlandes gebracht worden sei.

Abg. Dr. Stubbendorff (Dntk.) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wen Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Groß (Komm.)

erklärt, die Kriegsoffer würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Straß (Nat.-Soz.)

wird von der Linken mit lebhafter Unruhe empfangen. Der Redner protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die